

# „Das fällt uns jetzt auf die Füße“

## Robert Habeck über die Suche nach einem Atommüll-Endlager und warum er Grünen-Spitzenkandidat werden will

**Karlsruhe.** An den Südwesten hat Robert Habeck nur gute Erinnerungen. „Lebensprägend“ nennt er die zwei Jahre, die er während seiner Studienzeit in Freiburg verbracht hat. Im Breisgau lernte Habeck seine Frau kennen, die Schriftstellerin Andrea Paluch, mit der er gemeinsam Bücher veröffentlicht. Der Vater von vier Söhnen ist seit vier Jahren Grünen-Umweltminister in Schleswig-Holstein. Heute kommt er zu den Karlsruher Atomtagen, mit unserem Redaktionsmitglied Tobias Roth sprach der 46-Jährige über die Suche nach einem Endlager und warum er Spitzenkandidat seiner Partei für die nächste Bundestagswahl werden will.

*Herr Habeck, gibt es eine Region in Schleswig-Holstein, in der Sie sich ein Atommüll-Endlager vorstellen könnten?*

Habeck: Es geht nicht darum, was ich mir wo vorstelle. Sondern es geht darum, dass das Endlager nach nun festgelegten, gleichwertigen und nachvollziehbaren Kriterien gesucht wird. Und da ist Schleswig-Holstein wie der Rest der Republik Teil des Suchraums. Wir haben auch Salz- und Tongesteine, insofern ist Schleswig-Holstein genauso wenig auszuschließen wie Baden-Württemberg, Bayern oder Sachsen.

*Die Beteiligung der Bürger ist ein zentraler Punkt bei der Endlager-suche. Aber es gibt wohl keine Gemeinde, die sagt, wir nehmen das Endlager gerne. Die Bürger würden das doch immer ablehnen, wenn man sie fragt.*

Habeck: Das steht zu befürchten und viele Erfahrungen, die wir in den vergangenen Jahrzehnten gesammelt haben, sprechen genau dafür. Deshalb muss am Ende der Suche ein gesetzgeberisches Verfahren stehen.

*Also erst die Bürger mitreden lassen, aber letztlich entscheidet die Politik ...*

Habeck: Entscheidend sind die vorgeschalteten Prozesse, mit denen wir Verständnis schaffen und Transparenz. Da habe ich gute Erfahrungen gemacht, zum Beispiel beim Stromnetzausbau. Man muss Betroffene zu Beteiligten machen. Die sagen danach zwar nicht, juhu, wir bekommen jetzt einen riesigen Strommasten, und es sind sich auch nicht unbedingt alle einig, aber sie sagen vielleicht, meine Argumente wurden gehört und das Verfahren war fair und transparent. Mehr kann man am Ende nicht erreichen, denke ich. Das wichtige ist doch, dass die Politik die Endlager-suche nicht von oben herab plant über die Köpfe der Bürger hinweg, sondern es als gemeinschaftliches Projekt aufsetzt. Und wichtig ist auch, dass der demokratisch legitimierte Gesetzgeber die Entscheidung trifft und für sie einsteht. Dafür ist er ja gewählt.



BEWIRBT SICH UM DIE FÜHRUNGSRÖLE: Robert Habeck will Spitzenkandidat der Grünen für die nächste Bundestagswahl werden und müsste sich dafür gegen Cem Özdemir und Anton Hofreiter durchsetzen. Foto: Rehder

*Auch Gorleben bleibt ein möglicher Standort. Halten sie es wirklich für realistisch, dass es in Gorleben einmal ein Endlager geben wird?*

Habeck: Ich persönlich halte das für politisch nicht realistisch, weil der Standort so vorbelastet ist. Aber es ging am Ende eben nicht nur um meine persönliche Einschätzung oder die der Grünen, sondern es ging darum, ein Paket zu schnüren, das eine Verbindlichkeit für alle Beteiligten schaffen kann. Deshalb sind wir an dieser Stelle über unseren Schatten gesprungen und haben Gorleben als Teil der weißen Landkarte akzeptiert. Und gerade deshalb erwarte ich übrigens auch, dass sich Bayern oder Sachsen jetzt nicht herausreden.

*In Karlsruhe werden seit Jahren schwach- und mittelradioaktive Abfälle zwischengelagert. In der Vergangenheit gab es Berichte über rostige Fässer, zudem wird der Atommüll dort deutlich länger lagern müssen als ursprünglich vorgesehen. Wie sicher sind diese Lager?*

Habeck: Mir kamen die Berichte aus Karlsruhe damals seltsam vertraut vor. Wir haben solche Fässer in Brunsbüttel in den Kavernen stehen und sind jetzt gerade dabei, sie in einem aufwändigen Verfahren zu bergen. Die Geschichte ist

immer die gleiche: Man hat unterschätzt, wie lange und problematisch diese Lagerungen sind. Daran sieht man wieder einmal, dass wir mit der Atomkraft eine Technologie angefangen haben, deren Folgen wir nicht zu Ende gedacht haben. Wir haben in Schleswig-Holstein deshalb zusätzliche Sicherungs- und Kontrollmechanismen ein-

### BNN-Interview

gezogen, um zu verhindern, dass solche Zustände wie bei den Rostfässern noch mal eintreten.

*War man denn bei der Zwischenlagerung in der Vergangenheit zu unvorsichtig?*

Habeck: Man sieht ja an der Asse, die uns nun so viele Probleme bereitet, wie lax früher der Umgang mit dem Atommüll war. Da wurden die Fässer einfach reingekippt, weil man dachte, das ist der probate Weg der Entsorgung. Bei den Fässern in Karlsruhe oder Brunsbüttel hat man gedacht, die sind in ein paar Jahren wieder weg. Das fällt uns jetzt auf die Füße. Man muss immer davon ausgehen, dass alles länger dauert und komplizierter wird, entsprechend müssen Sicherheit, Dokumentation und immer wieder Kontrolle sein.

Partei interessant ist, möchte ich das gerne anbieten.

*Sie sprechen vom dritten Zeitalter der Grünen, das nun beginnen müsse. Was genau meinen Sie damit?*

Habeck: Die Grünen haben als Protestpartei begonnen, wir entstanden aus einer Bürgerbewegung heraus. In den rot-grünen Jahren waren wir eine Projektpartei: Wir haben uns auf einzelne Vorhaben konzentriert wie den Atomausstieg durchzusetzen oder die doppelte Staatsbürgerschaft. Jetzt kommt die Zeit, in der die Grünen breiter wirken müssen. Es geht um gesamtgesellschaftliche Fragen. Was hält uns zusammen? Wie sichern wir Wohlstand in Zeiten von Klimaveränderungen, und zwar nicht nur in Deutschland. Was können wir gegen den Wassermangel in einigen Regionen der Erde tun, oder wie begegnen wir der Flüchtlingskrise? Das bindet Innenpolitik mit Außen- und Sicherheitspolitik eng zusammen. Wir müssen Antworten finden und eine Perspektivpartei werden.

*Jetzt klingen Sie fast wie Winfried Kretschmann ...*

Habeck: Kretschmann hat das idealtypisch eingelöst, weil er für die Gesellschaft spricht, nicht zu ihr. Es geht doch darum, den Bürger in Entscheidungsprozesse einzubinden, und dadurch am Ende auch politisches Handeln zu legitimieren. Das ist die Herausforderung für moderne Politik.

*Heißt das, dass man ideologische Kampfbegriffe räumen muss?*

Habeck: Sich in Ideologie-Kämpfen zu verbeißen hilft nie. Aber das heißt nicht, keine Idee mehr zu haben. Wenn man jeden Tag nur weiß, was man morgen machen will, weiß man ja nicht, wo man übermorgen landet. Man muss eine Perspektive entwickeln, die größer ist als der Tag. Aber das funktioniert nur aus der Wirklichkeit heraus. Das haben auch die Grünen in der Flüchtlingskrise gespürt.

*Inwiefern?*

Habeck: In der Flüchtlingskrise war das schlechteste Argument der Politik: Das haben wir in unserem Parteiprogramm so aber nicht beschlossen. Weder die CDU noch die Grünen sind damit durchgekommen. Wir Grünen hatten mal beschlossen, dass wir keine Sammelunterkünfte und keine Zeltstädte wollen. Als mehrere hunderttausend Menschen aus der Not zu uns kamen, sah die Wirklichkeit anders aus – und dem haben wir Grüne uns gestellt. Genauso musste die CDU umdenken: Jahrelang hat sie sich gegen legale Arbeitsmöglichkeiten für Menschen vom Westbalkan gesperrt, dann musste sie sie schaffen.

*In Karlsruhe gibt es das Institut für Transurane, ein Forschungsinstitut der EU-Kommission. Wie verhält sich der deutsche Atomausstieg mit der Atomforschung?*

Habeck: Ich kenne das Institut aus der Geschichte der deutschen Atompolitik und es hat sich nicht immer als besonders ruhmreich hervorgetan. Ich erinnere mich, als es nach Fukushima aus Karlsruhe hieß, wir müssen jetzt die vierte Generation der Atomreaktoren entwickeln. Wir brauchen keine neuen Reaktoren und auch keine Forschung in neue Techniken für neue Reaktoren. Die Schlacht ist in Deutschland geschlagen. Was wir brauchen, ist dagegen eine Ausstiegsforschung, wie baut man zurück, wie lagert man sicher.

*Sie wollen Spitzenkandidat der Grünen für die Bundestagswahl werden, mit Cem Özdemir und Anton Hofreiter gibt es allerdings zwei Konkurrenten. Warum sind Sie der bessere Spitzenkandidat?*

Habeck: Ob ich der bessere bin oder nicht, werden unsere grünen Mitglieder entscheiden. Jeder von uns bringt seine Vita mit. Meine ist geprägt von der Regierungserfahrung in Schleswig-Holstein, die viele grüne Themen abdeckt, von der Atomkraft über die Energie-wende bis hin zur Umwelt- oder Landwirtschaftspolitik. Wenn das für die